

**Zeitschrift:** Neue Schweizer Rundschau  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 11 (1943-1944)  
**Heft:** 10-11

**Artikel:** Gründe und Hintergründe der russischen Politik gegenüber Europa  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-759480>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Gründe und Hintergründe der russischen Politik gegenüber Europa

von \* \* \*

**E**s mag auf den ersten Blick zu dogmatisch erscheinen — wir müssen jedoch bei der Schilderung der russischen Aussenpolitik dem Begriff „Russland“ einige Betrachtungen voranschicken. Dieser Begriff ist nämlich keineswegs eindeutig. Im eigentlichen Sinne des Wortes tritt Russland als völkerrechtliches Subjekt überhaupt nicht mehr auf<sup>1)</sup>. Das riesige Gebiet, das allgemein als Russland bezeichnet wird, bildet eine Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (UdSSR), russisch nach den Anfangsbuchstaben: SSSR. Nach der Verfassung liegt die Führung der auswärtigen Angelegenheiten ausschliesslich in der Kompetenz der Sowjetunion. Ebenso wenig wie es — um ein amerikanisches Beispiel heranzuziehen — eine Aussenpolitik des Staates Massachusetts geben kann, sollte es eine auswärtige Politik „Russlands“ geben. Russland bildet nur einen Bestandteil der Sowjetunion und ist dabei, den Gesetzen nach, selbst ein föderativer Staat — Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik — abgekürzt RSFSR.

Wenn sich der Sprachgebrauch dennoch des Ausdruckes „russische“ Aussenpolitik bedient, so liegt darin die Anerkennung des tatsächlichen Zustandes, dass nämlich Russland in der Sowjetunion den Ausschlag gibt. In den Reden der sowjetischen Staatsmänner wird aber auch heute niemals von der „russischen“ Aussenpolitik gesprochen. Auch gibt es in den Kriegscommuniqués keine „russische“, sondern nur die „Rote“ oder die „Sowjet“ Armee. Die ausländischen Pressekorrespondenten dagegen ersetzen selbst in den Reden Stalins „Sowjetunion“ durch „Russland“ und aus der in den Communiqués genannten „Roten Armee“ machen sie eine „russische“ Armee.

Tritt aber nicht in Russland selbst dieselbe Tendenz hervor? Aus keinem der kriegführenden Staaten treffen so wenig zuverlässige Berichte über innere Wandlungen ein, wie gerade aus der Sowjetunion, die sich ja seit einem Vierteljahr-

---

<sup>1)</sup> Unser Artikel war bereits geschrieben, als der höchste Sowjet der Sowjetunion eine Verfassungsänderung annahm. Diese soll die Rechte der einzelnen Bundesrepubliken auf aussenpolitischem und militärischem Gebiet erweitern. Welche Bedeutung diesem Manöver zukommt, ist in dem Aufsatz von Albert Müller in diesem Heft dargelegt.

hundert von der Aussenwelt wie durch eine chinesische Mauer abgeschlossen hat. Der Eindruck, den man aus einzelnen Meldungen gewinnt, ist keinesfalls ein einheitlicher. Einerseits weiss man zwar, dass die III. Internationale offiziell aufgelöst und eine neue Staatshymne entstanden ist, die Spitze der orthodoxen Kirchenhierarchie wieder öffentlich hervorgetreten ist, dagegen nicht, ob dies letztere mit einer Garantie der normalen kirchlichen Entfaltungsmöglichkeit verbunden ist, usw. Es ist des weiteren bekannt, dass Stalin grössten Wert auf seinen neuerworbenen Grad eines Marschalls legt. Andererseits genügte es, sich den genauen Wortlaut der letzten Rede Stalins während der Novemberfesttage anzuhören, um festzustellen, dass alle Verdienste nach wie vor allein von der bolschewistischen Partei in Anspruch genommen werden. Von einer Lockerung des bestehenden Diktaturregimes oder von einer Aenderung in der personellen Zusammensetzung der herrschenden Kreise war bislang nichts in Erfahrung zu bringen.

Es erscheint nur natürlich, dass angesichts des Wandels im Kriegsglück in der Sowjetunion eine Welle der Begeisterung hochschlägt. Es lässt sich jedoch nicht genau feststellen, was sich hinter dieser Begeisterung verbirgt. Unter einem Diktaturregime kann ja die Bevölkerung ihre Wünsche, sollten diese der offiziellen Politik nicht entsprechen, nicht zur Geltung bringen. Das Regime ist aber bisher im Grunde ja wohl dasselbe geblieben. Man hat gewiss manche Konzessionen gewährt, darunter auch Achselstücke an die Offiziersuniformen. Es muss der Zukunft vorbehalten bleiben, eine Antwort darauf zu erteilen, ob es wirkliche Konzessionen sind, die Auswirkungen auf das Verhältnis der Sowjetunion zu der Aussenwelt haben werden, oder ob es nur taktische Schachzüge sind, etwa eine der berühmten „Atempausen“, wie sie vom gegenwärtigen Regime bereits einige Male eingeschoben wurden und manche trügerische Hoffnung hervorriefen. Es ist letzten Endes bei weitem nicht abgeklärt, ob Moskau den Konzessionen dieselbe Bedeutung beimisst wie mancherorts im Auslande. Sollten dort dennoch tiefgehende Wandlungen vor sich gehen, etwa ein Wandel des Bolschewismus zu einer Art des russischen „National-Sozialismus“ oder sogar zu einem modernen sozialistisch-kommunistischen Bonapartismus, so ist immer noch fraglich, was das Ausland davon erspriessliches erwarten darf.

### **Die „neue“ und die „alte“ Welt**

Um die gegenwärtige Aussenpolitik der Sowjetunion zu begreifen, erscheint es angebracht, einen Rückblick auf die Wege zu werfen, die hinter ihr liegen. Der Sowjetstaat existiert seit beinahe 27 Jahren, und dennoch ist es bis vor

kurzem nie zu einer rechten Verständigung zwischen der übrigen Welt und ihm gekommen. Die Gründe dafür sind mannigfach.

Bei der Beurteilung der sowjetischen Aussenpolitik darf man nicht vergessen, dass das heutige Sowjetrussland sein Entstehen einem Umsturz verdankt, dem eine spezifische Weltanschauung zugrundeliegt. Die Regierung brach in radikalster Weise mit der Vergangenheit. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, uns mit dieser Weltanschauung auseinanderzusetzen; wir werden lediglich die Auswirkungen des dort eingeführten Diktaturregimes auf die Beziehungen zum Ausland — speziell zu Europa — kurz skizzieren.

Es waren hauptsächlich drei Voraussetzungen, die diese Beziehungen von Anfang an vergiftet hatten. Zunächst schied einmal Sowjetrussland vorzeitig aus dem Weltkrieg aus und schloss mit den damaligen Zentralmächten einen Sonderfrieden ab — Brest-Litowsk, März 1918 —, was von den Alliierten als ein schwerer Vertragsbruch betrachtet wurde. Die Sowjetregierung ermöglichte dadurch den Zentralmächten, zahlreiche Divisionen von der Ostfront nach dem Westen zu werfen und den Krieg monatelang zu verlängern. Infolgedessen kam es zu einem Bruch mit allen ehemaligen Verbündeten. Aber auch die neutralen Staaten brachen ihre Beziehungen zu Russland ab. Dies hängt damit zusammen, dass die Sowjetregierung alle vertraglichen Verpflichtungen aus der Zarenzeit annulliert hatte. Dadurch erlitten insbesondere jene Staaten ungeheure Verluste, die Russland Geld geliehen oder dort investiert hatten. Es wurde nämlich auch das Vermögen der Ausländer ohne jegliche Entschädigung konfisziert, verstaatlicht. Noch mehr aber beeinflusste ein dritter Umstand die Beziehungen zum Auslande, und zwar die Tatsache, dass sich die Sowjetregierung mit der „Weltrevolution“ identifizierte und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischte. Darüber hinaus wirkte auf die Aussenwelt abschreckend das Terrorregime, das in Russland wütete. Die Folge all dieser und noch anderer Umstände war die, dass Sowjetrussland jahrelang völlig isoliert blieb und sich sozusagen ausserhalb der Völkergemeinschaft hielt.

Nichts erwies sich für die Aussenpolitik des Sowjetstaates als verhängnisvoller, denn die Tatsache, dass sie im eigentlichen Sinne doppelgesichtig war. Anfänglich hielt es die Sowjetregierung selbst nicht einmal für nötig, sich auch nur formell von der revolutionären Wühlarbeit im Auslande zu distanzieren. Im Jahre 1919 erst wurde die kommunistische Internationale — Komintern — gegründet, aber wieder erst nach zwei Jahren wurde auf Verlangen des Aussenkommissariates offiziell erklärt, die Regierung könne für die Tätigkeit der



Komintern nicht verantwortlich gemacht werden. Diesem Zustande sah die übrige Welt mehr als zwei Jahrzehnte lang mit nicht allzu grossem Vertrauen zu. Es verging kaum ein Jahr, dass nicht Agenten der Komintern bei umstürzlerischer Tätigkeit ertappt worden waren. Zumindest ein gegenseitiges Misstrauen herrschte zwischen der „alten“ und der „neuen“ Welt.

Allmählich wurde aber klar, dass diese zwei Welten nicht ewig in offener Fehde nebeneinander leben könnten. In den Jahren 1920—21 kamen die ersten Friedensverträge mit den westlichen Nachbarn (Estland, Lettland, Litauen, Finnland und Polen) zustande. Diese Staaten waren auch die ersten, die Sowjetrussland de jure anerkannt haben und mit denen diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Im Jahre 1922 wurde auf der Konferenz von Genua der Versuch unternommen, zu einer umfassenden Verständigung zu gelangen. Er scheiterte jedoch völlig, weil die Sowjetregierung zwar neue Geld- und Warenkredite verlangte, nicht aber zu bewegen war, alte Schulden zu bezahlen.

Während der Genueser Konferenz platzte die „Bombe“ von Rapallo. Es kam nämlich zu einer separaten Verständigung zwischen Sowjetrussland und Deutschland. Dieser war zu jener Zeit eine beträchtliche Bedeutung beizumessen. Deutschland verzichtete auf seine finanziellen Ansprüche hinsichtlich der Sowjets und nahm diplomatische Beziehungen mit Moskau auf. Obwohl ein besiegtes Land, war Deutschland dennoch ein Grosstaat. Nun sprach es als erster Grosstaat die de jure-Anerkennung aus. Beide Länder stellten sich auf die Basis der Gleichberechtigung und traten zugleich aus der Isolierung heraus. Der Rapallo-Vertrag gestaltete sich damit zu einem grossen Erfolge sowohl für Sowjetrussland als für Deutschland. Er leitete auch eine ziemlich weitgehende Zusammenarbeit ein, die beide Partner mehr als ein Jahrzehnt verband. Es ist bekannt, dass die Deutschen in hohem Masse zum Wiederaufbau der Industrie, des Transportwesens usw. in Russland beitrugen. Auch hatte die Reichswehr an der Reorganisierung der Roten Armee einen gewissen Anteil. Andererseits unterstützte die Sowjetregierung noch jahrelang den Kampf Deutschlands um die Gleichberechtigung und gegen das sog. Versailler-System. Moskau förderte die Bewegung des Revisionsismus, freilich nicht aus Liebe zum einen oder anderen Staate als vielmehr mit dem Ziel, die Gegensätze zu verschärfen.

Das Jahr 1924 brachte den grossen Umschwung in den Beziehungen der Grossmächte zur Sowjetunion. In England und Frankreich gelangten Linksregierungen ans Ruder, es machten sich andere Strömungen geltend, die grosse Hoffnungen,

insbesondere wirtschaftlicher Natur, in eine Zusammenarbeit mit den Sowjets setzten. Im Februar 1924 sprach die britische Regierung die de jure-Anerkennung aus. Nach wenigen Tagen folgte Italien ihrem Beispiel, im Oktober Frankreich, im Januar 1925 Japan. Sowjetrussland konnte mit einem Male fast mit allen Grossmächten in diplomatische Beziehungen treten. Eine bittere Pille blieb der Sowjetregierung dennoch nicht erspart. Der amerikanische Präsident Coolidge brachte zum Ausdruck, dass seine Regierung keine Absicht habe, ein Regime anzuerkennen, welches selbst „sich weigert, die Heiligkeit der internationalen Verpflichtungen anzuerkennen“. Es sollten noch ganze 10 Jahre vergehen, bis die amerikanische Politik der Sowjetunion gegenüber einen anderen Kurs einschlug.

Dennoch entwickelten sich die Beziehungen der Sowjetunion zu den Hauptmächten nur langsam und erlitten bald einen empfindlichen Rückschlag. Jahrelang geführte Verhandlungen wegen der Vorkriegsschulden verliefen ergebnislos. Noch mehr verdarb die Komintern das Spiel. Nach dem Intermezzo mit dem Sinowjewbrief — im Jahre 1924 — wurden die Beziehungen zu England (Mai 1927) wieder abgebrochen. Nur die Beziehungen mit Deutschland verliefen einigermassen normal. Geschickt zwischen West- und Ostorientierung manövrierend, gelangte Deutschland zu den Locarno-Verträgen und trat in den Völkerbund ein, ohne es jedoch mit der Sowjetunion verdorben zu haben. 1926 wurde ein russisch-deutscher Neutralitätsvertrag abgeschlossen, der die Angst Moskaus vor einer gemeinsamen Front aller Grosstaaten gegenstandslos machte. Obwohl sich die Sowjetregierung dem Völkerbund gegenüber nach wie vor ablehnend, ja geradezu feindlich verhielt, nahm sie dennoch an den Arbeiten der Abrüstungskonferenzen teil. Dort stellte Litwinow mit seinen radikalen Forderungen nach einer allgemeinen und unverzüglichen Abrüstung eine gemeinsame Front mit der deutschen Delegation her.

Inzwischen aber traten neue Ereignisse ein. In Sowjetrussland selbst endete der oft dramatische Kampf um die Erbschaft Lenins mit einem allmählichen Siege Stalins. Die These „Sozialismus in einem Lande“ rief einer überstürzten Industrialisierung, zugleich auch einer Militarisierung des Sowjetstaates. Man brauchte Frieden für sich, um ungestört aufbauen zu können. Die allgemeine politische Atmosphäre verschlechterte sich aber zusehends. Im Oktober 1931 begann Japan die Mandschurei zu besetzen. Die Spannung im Fernen Osten drohte in einen Krieg mit der Sowjetunion auszuarten. Dies zwang die Moskauer Regierung, die Grenzen im Westen zu sichern. Ihre Diplomatie entwickelte zu jener Zeit eine rege Tätigkeit und trug heisse Friedensliebe zur Schau. So kam es im Jahre 1932 zum Abschluss von Nichtangriffspakten

mit allen westlichen Nachbarn Finnland, Estland, Lettland und Polen; mit Litauen bestand ein ähnlicher Vertrag seit 1926. Die Sowjetdiplomaten waren eifrig bemüht, dass in den Verträgen auch nicht eine winzige Lücke bestehen bliebe, die ihr unter Umständen hätte gefährlich werden sollen. So wurde am 3. Juli 1933 eine Konvention zwischen der Sowjetunion und allen Nachbarstaaten, nicht nur in Europa, sondern auch den meisten Staaten in Asien, unterzeichnet, worin mit allen Finessen der Diplomatie der Begriff des „Angreifers“ umschrieben wurde. Diese Konvention wurde der Sowjetregierung zu einer ziemlich peinlichen Angelegenheit, als man sich in Moskau in den Jahren 1939—40 dennoch dazu entschloss, sich über sie hinwegzusetzen. Auch mit der Kleinen Entente, Spanien und Italien wurden Nichtangriffspakte abgeschlossen, ebenso mit Frankreich, das den Wunsch, sich mit der Sowjetunion zu verständigen, immer mehr erkennen liess. Um diese Zeit war bereits am Horizont ein Wetterleuchten wahrzunehmen, das den Aufstieg des Nationalsozialismus ankündigte. Damit begann für die sowjetische Aussenpolitik ein neuer Abschnitt, der schon in die Gegenwart hinüberleitet.

Wenn man die Zeitspanne bis zum Jahre 1933 überblickt, so wird man sich der Feststellung nicht enthalten können, dass die Annäherung zwischen der Sowjetunion und der übrigen Welt nur minimale Fortschritte gemacht hat. Sie stockte fortwährend.

### **Von München bis Moskau**

Wir haben gesehen, dass das aggressive Vorgehen Japans im Fernen Osten der Regierung in Moskau schwere Sorgen bereitete. Inzwischen aber zeichnete sich eine Veränderung in den Beziehungen zwischen Sowjetrussland und Deutschland ab, die mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zusammenhing. Es wäre verfehlt anzunehmen, dass die Spannung plötzlich eingetreten sei. Hitler behauptete in seiner Reichstagsrede nach dem Regierungsantritt, dass er den Wunsch habe, die guten Beziehungen mit der Sowjetunion weiterzupflegen. Auch Molotow äusserte sich Anfang 1933, dass Deutschland „eine Sonderstellung im System der internationalen Beziehungen der Sowjets“ einnehme, die „auf der Gemeinsamkeit der Interessen“ beider Länder beruhe. Dennoch waren auch der Moskauer Regierung die Pläne bekannt, die in „Mein Kampf“ dargelegt worden sind. Das Porzellan begann der damalige Reichsminister Hugenberg zu zerbrechen, als er auf der Londoner Wirtschaftskonferenz im Sommer 1933 ganz offen für die Erweiterung des deutschen „Lebensraumes“

im Osten plädierte. Auch gewisse Aeusserungen A. Rosenbergs in London, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren, erregten grosses Aufsehen. Die gewissermassen traditionelle russisch-deutsche Freundschaft und Zusammenarbeit war damit schweren Gefahren ausgesetzt.

Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Herbst 1933 machte Sowjetrussland auf einmal zu einem vielumworbenen Partner. Der beste Beweis für den nun eingetretenen Umschwung war die neue Stellungnahme der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie waren die einzige Grossmacht, die bis dahin keine diplomatischen Beziehungen zu Moskau unterhielt. Im Oktober 1933 kablete Präsident Roosevelt an den Vorsitzenden des Exekutiv-Komitees der Sowjetunion, Kalinin, dass die Regierung der USA bereit sei, die zwischen den beiden Staaten fortbestehenden unregelmässigen Fragen in direkter Aussprache zu diskutieren. Kalinin nahm den Vorschlag bereitwillig entgegen. Darauf sandte die Moskauer Regierung den Aussenkommissar Litwinow nach Washington. Am 16. November folgte die de jure-Anerkennung. Die letzte Grossmacht trat nun in direkte Beziehungen zu Moskau.

Die Frage der wirtschaftlichen Vorkriegsverpflichtungen erfuhr freilich dasselbe Schicksal wie mit England und Frankreich, d. h. sie blieb unerledigt. Die politischen Probleme überschatteten aber alle anderen. Sowjetrussland entschloss sich nunmehr, in den Völkerbund einzutreten, wo es im Herbst 1934 einen ständigen Sitz im Rate erhielt. Es wurde damit zur Grossmacht! Die Genfer Institution erlebte allerdings zu jener Zeit schon den Beginn ihres Zerfalls. Die grosse Politik wurde bereits ausserhalb des Völkerbundes betrieben. Der Staat, der sich am meisten gefährdet fühlte, war Frankreich. Seine Regierung suchte eine Rückendeckung. Es war natürlich, dass der Gedanke aufkam, die alte französisch-russische Allianz wiederaufleben zu lassen. In dem Masse, wie Deutschland erstarkte, wurden auch die Beziehungen zur Sowjetunion immer enger. Am 2. Mai 1935 wird ein französisch-russischer Militärvertrag abgeschlossen, dem am 18. Mai ein ähnlicher Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei folgte.

Wenn die Sowjetdiplomatie aktiv ist, so steht ihr die Diplomatie der Komintern nicht nach. Der Sieg des Nationalsozialismus stellt für die III. Internationale zweifellos eine schwere Niederlage dar; ihre mächtigste Zitadelle in Europa fällt. Nun gibt die Komintern die Parole der „Einheitsfront“ gegen den Faschismus aus. Die Sozialdemokraten und alle Demokraten, die bis dahin nur als „Verräter“ galten, werden aufgefordert, mit vereinten Kräften gegen die drohende Gefahr zu kämpfen. Aber es wäre verfehlt anzunehmen, dass die III. Internationale

von ihren revolutionären Zielen abgewichen wäre. Die „Einheitsfront“ sollte in erster Linie der Radikalisierung der Arbeiterschaft dienen. G. Dimitrow, der Präsident der Dritten Internationale, entfaltet in dieser Richtung eine ausserordentlich rege Tätigkeit. Auf dem VII. Kongress der III. Internationale im August 1935 erstattet Dimitrow einen programmatischen Bericht, in welchem er die neue Taktik formuliert. Nicht nur die Sozialisten, sondern auch die christlichen Arbeiterorganisationen werden zur Bildung der „Einheits“- und der „Volksfront“ aufgefordert. Die Einheitsfront werde, nach Dimitrow, zu einer Sowjetrevolution führen, da „wir von jeder Einheitsfront... verlangen, dass sie bestimmte, der Situation entsprechende revolutionäre Grundforderungen verwirklicht, so z. B. Produktionskontrolle, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.“

Dem Erfolg der Volksfront in Frankreich zollte Dimitrow im folgenden seine besondere Anerkennung: „Frankreich ist das Land, in dem bekanntlich die Arbeiterklasse dem gesamten internationalen Proletariat ein Beispiel gibt, wie man den Kampf gegen den Faschismus zu führen hat. Die französische Kommunistische Partei gibt allen Sektionen der Kommunistischen Internationale ein Beispiel, wie man die Einheitsfront anzuwenden hat...“

Die übrige Welt war freilich anderer Ansicht über die unglückselige Rolle, die die „Volksfront“ in Frankreich spielte. Die Ereignisse haben ihr unzweideutig recht gegeben. Das französische Reich bot in den entscheidenden Vorkriegsjahren ein trauriges Beispiel des Zerfalls, der ganz im Sinne eines Dimitrow vor sich ging. Zum Glück verführte die III. Internationale nur wenige Länder, dem Beispiel Frankreichs zu folgen. Es kann an dieser Stelle nicht auf die traurigen Ereignisse in Spanien eingegangen werden. Aber, abgesehen von der direkten Unterstützung der Franco-Bewegung seitens von Italien und Deutschland, hatten sowohl die Sowjetunion als auch die Komintern einen Anteil an dem blutigen Bruderkrieg, der die Welt über drei Jahre in Atem hielt. Volle drei Jahre beschäftigte der Krieg in Spanien den Völkerbund, internationale Konferenzen usw. Während dieser Zeit rüstete mancher Staat, in erster Linie Deutschland, aber auch die Sowjetunion, fieberhaft auf, dagegen diskutierte man in anderen, demokratischen Staaten über die 40stündige Arbeitswoche, veranstaltete Generalstreiks usw.

So hatte die Welt die zweite Hälfte des Jahres 1938 angetreten, die Tage der Sudetenkrise. Die Spannungen wurden bekanntlich durch das Münchner Abkommen gelöst. Dieses erwies sich jedoch als blosser Scheinlösung. Die Tragik der nun



folgenden Ereignisse wurde noch dadurch vertieft, dass die Sowjetregierung jenes Abkommen zum Vorwand nahm, um die Abkehr von den westlichen Demokratien zu demonstrieren.

Die Diskussion über das Münchner Abkommen ist auch heute noch nicht verstummt. Unverkennbar stand damals die grosse Mehrheit des englischen und des französischen Volkes hinter ihren Staatsmännern. Die Aufopferung des tschechoslowakischen Staates hat den Frieden nicht gerettet. Die Sowjetregierung äusserte aber ihr Missvergnügen darüber, dass es wegen des Schicksals der Sudetendeutschen zu keinem Kriege gekommen sei. Ob sie selbst an diesem Kriege teilgenommen hätte, bleibt dahingestellt. Ein amerikanischer Kenner der Sowjetpolitik — Henry Chamberlin — kommt darüber zu folgender Schlussfolgerung: „Es gibt keinen überzeugenden Beweis, dass Stalin tatsächlich für die Tschechoslowakei gekämpft hätte“. Der russische-deutsche Vertrag vom August 1939 wird vielfach als die Revanche Moskaus für München ausgelegt. Die Revanche hat jedenfalls viel dazu beigetragen, das zu erreichen, was München verhüten wollte... Es sei auch darauf hingewiesen, dass Sowjetrussland wegen der Besetzung Prags nicht einmal einen formellen Protest in Berlin eingereicht hat, wie es England und Frankreich taten. Später hat die Sowjetregierung die Tatsache der Besetzung des tschechischen Reststaates sogar anerkannt, was englischer- und französischerseits niemals geschehen ist.

Die Besetzung des Restes des tschechoslowakischen Staates im Frühjahr 1939 wurde zum tragischen Wendepunkt. Wenn bis dahin für das nationalsozialistische Deutschland einigermassen das Argument gelten konnte, dass es für seine Gleichberechtigung kämpfe und die Deutschen, Oesterreicher, Sudetendeutsche ins Reich zurückführen wolle, so stand die Besetzung Prags in krassem Widerspruch zu den bisherigen Grundsätzen. England und Frankreich hielt nach der Besetzung Prags das Mass für voll. Die beiden Völker rafften sich auf. Man begann die Front gegen die weitere Expansion Deutschlands energisch zu organisieren. Es war augenscheinlich, dass der nächste Schlag gegen Polen gerichtet sein werde. Am 19. März 1939 erklärte Chamberlain in Birmingham: „Nach der Konferenz von München teilten die meisten Menschen meine Hoffnung auf das Eintreten der Befriedung. Heute teile ich ihre Enttäuschung und ihre Empörung“. Aus dieser Geistesverfassung erwuchs die feste Entschlossenheit, weitere Staaten nicht im Stiche zu lassen. Ende März erklärten Frankreich und Grossbritannien, dass sie im Falle eines Angriffes auf Polen diesem militärischen Beistand leisten werden. Dieses Versprechen wurde seitens England zu einer förmlichen Allianz mit Polen



erweitert. Eine Garantie wurde ausserdem Rumänien und Griechenland erteilt.

In diese Front gegen die weitere deutsche Expansion wollten England und Frankreich auch die Sowjetunion einbeziehen. Am 20. März brachte die englische Zeitung „Daily Mail“ eine Nachricht, dass die britische Regierung formell die russische Regierung eingeladen habe, mit Frankreich und England einen Pakt abzuschliessen, „um der deutschen Angriffslust entgegenzutreten“. Diesbezügliche Verhandlungen wurden in Moskau aufgenommen und den ganzen Sommer über weitergeführt. Die Hintergründe dieser eigenartigsten Periode der Vorkriegspolitik sind bis jetzt noch nicht vollständig bekannt. Das angekündigte Weissbuch der britischen Regierung über jene Verhandlungen ist niemals erschienen. Man kann sich dennoch ein ungefähres Bild darüber machen, was in Moskau vor sich ging.

Es stellte sich bald einwandfrei heraus, dass die Sowjetregierung eine Verschleppungstaktik einschlug. Mitten in den Verhandlungen brachte „Tass“ am 3. Mai die vielsagende Nachricht, dass der Aussenkommissar Litwinow durch Molotow ersetzt sei. Bald darauf sickerten die ersten Meldungen durch, dass zwischen Sowjetrussland und Deutschland Parallelverhandlungen stattfänden. Der letzte englische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, verzeichnet in seinem „Endgültigen Bericht“, dass das Geheimnis der Verhandlungen „gut gehütet“ worden sei. Das Uebrige steht noch frisch in Erinnerung. Zu einer Zeit, wo eine britische und französische Militärmission in Moskau die Verhandlungen zu einem guten Ende führen sollte, platzte die Bombe in der Form einer Verlautbarung aus Berlin, wonach Besprechungen für die Unterzeichnung eines russisch-deutschen Nichtangriffspaktes zum Abschluss gekommen seien. Von Ribbentrop flog nach Moskau, wo der Vertrag am 23. August tatsächlich auch unterzeichnet wurde. Am 26. August verliess die englisch-französische Militärmission Moskau. Der unglückselige englische Premierminister Chamberlain erfuhr nach München die zweite grosse Enttäuschung. Nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Vertrages konnte er im Unterhaus lediglich feststellen, dass der Pakt für die britische Regierung eine „unerfreuliche Ueberraschung“ gewesen sei...

Womit ist die Tatsache zu erklären, dass die Sowjetregierung den Pakt mit Deutschland unterzeichnet hat? Der Wortlaut des Vertrages ist in diesem Falle nicht entscheidend, sondern einzig und allein die Beweggründe und die Auswirkungen des Uebereinkommens, die diesem Akt zugrundelagen. Es ist festzustellen, dass die Sowjetunion im Sommer 1939

eine Schlüsselstellung gewann. Die Sowjets waren entschlossen, sich den Preis für ihre Zuneigung sehr hoch bezahlen zu lassen. England und Frankreich schlugen dem Kreml vor, sich aktiv den deutschen Expansionsplänen entgegenzusetzen. Dies hätte unter Umständen zum Krieg mit Deutschland geführt. Berlin dagegen verlangte nur, dass die Sowjets ruhig blieben. Dafür aber war die deutsche Regierung damit einverstanden, mit Sowjetrussland die Beute in Polen zu teilen und ihm den ganzen Osten Europas auszuliefern. In Moskau spielte zweifellos in jenem Augenblick die Diplomatie der III. Internationale eine wichtige Rolle. Nach der damaligen Lage der Dinge war anzunehmen, dass diesmal weder England noch Frankreich kapitulieren würden. Ein gewaltsames Vorgehen Deutschlands gegen Polen musste unvermeidlich zu einem europäischen Kriege führen. Ein Zusammengehen der „Plutokraten“ mit den „Faschisten“ war diesmal ausgeschlossen. Tant mieux! Prof. Otto Hoetzsch, dem eine Feindseligkeit der Sowjetunion gegenüber keineswegs nachgesagt werden kann, stellte in einer Untersuchung bereits vor Jahren fest: „Une nouvelle guerre en Europe, même si elle ne faisait qu’approcher en ampleur de la grande guerre, serait le meilleur allié du bolchévisme. Elle lui ouvrirait tous les chemins qui lui sont maintenant fermés pour porter sa domination en Europe“. Dies wusste man im Kreml nur zu gut. Dazu kommt noch die verlockende Perspektive, ausserhalb des Krieges bleiben zu können, wo die übrige, „kapitalistische“ Welt sich blutig bekämpft. Mehr konnte man nicht verlangen! In seiner Rede am 10. März 1939 warf Stalin den westeuropäischen Hauptmächten vor, sie hätten sich „von der Politik der kollektiven Sicherheit, von der Politik der kollektiven Abwehr der Aggressoren losgesagt“. Nach seinen Ausführungen könne man dies „durch ein Gefühl der Furcht vor der Revolution erklären, die ausbrechen kann, wenn die nichtaggressiven Staaten in den Krieg eintreten und der Krieg zu einem Weltkrieg wird. Sie fürchten, dass der zweite imperialistische Krieg ebenfalls zum Sieg der Revolution in einem oder in mehreren Ländern führen könnte“. Im Sommer 1939 sagte sich Sowjetrussland selbst von der kollektiven Sicherheit los, in einem Moment, wo man ernstlich bemüht war, diese wiederaufleben zu lassen. Im November 1938 schrieb Dimitrow: „Es darf auf keinen Fall ein zweites München zugelassen werden...“ Dies wurde freilich vermieden, es kam aber zum Vertrag von Moskau, dem diesmal eine Reihe von Staaten zum Opfer fielen. Die „Kapitalisten“ waren sich in die Haare geraten, die Sowjetunion aber stand ausserhalb des Krieges und konnte zudem leicht eine beträchtliche Beute einheimsen. Es sah danach aus, als ob das Ziel erreicht wäre, das Dimitrow als „historische Mission“

betrachtete — „den Faschismus und zusammen mit ihm den Kapitalismus vom Antlitz der Erde hinwegzufegen“.

Am Vorabend des Kriegsausbruches hielt Molotow eine Rede vor dem höchsten Sowjet. „Der Pakt ist“ — so führte er aus — „ein Wendepunkt in der Geschichte Europas und er sichert unseren Einfluss in europäischen Angelegenheiten“. Der Leiter der Sowjetdiplomatie meinte, dass der Zweck des Paktes darin bestehe, „eine allgemeine Kriegsgefahr zu beseitigen“. Und weiter: „Nur die Brandstifter können wegen des Abschlusses dieses Vertrages unzufrieden sein. Dazu gehören vor allem die Sozialisten Amerikas und Englands, die den Kapitalisten dienen wollen“. Er schloss seine Rede mit einem merkwürdigen Bekenntnis: „Die politische Kunst der Sowjetunion besteht darin, die Feinde von gestern zu Freunden von heute zu machen, und zwar im Interesse der Werktätigen der ganzen Welt“. Wer richtig zu lesen versteht, weiss, was diese Worte bedeuten. Am nächsten Tage, bereits nach dem Ueberfall auf Polen, sprach Adolf Hitler im Reichstage und sagte: „Die Rede von Volkskommissar Molotow kann ich nur Wort für Wort unterschreiben“. Der letzte britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, traf aber den Nagel auf den Kopf, wenn er in dem bereits erwähnten „Endgültigen Bericht“ folgende Betrachtungen anstellte: „Für die meisten Deutschen ist Russland der Erzfeind, und ihr Vertrauen in die Ehrlichkeit der guten Absichten Russlands gegen Deutschland wurde durch dieses Schauspiel nicht gerade bestärkt. Immerhin war der deutsch-russische Pakt als diplomatischer Schlag ein grosser und überraschender Erfolg. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, dass er sich als genau so ein Pyrrhus-Sieg erweisen möge, wie die meisten diplomatischen Siege“. Der Diplomat, der von den „diplomatischen“ Siegen nicht allzu hoher Meinung war, behielt vollkommen recht.

Am 17. September marschierte die Rote Armee in Polen ein. Das sowjetische Eingreifen in den deutsch-polnischen Krieg liess damals Gerüchte über deutsch-russische Unstimmigkeiten aufkommen. Dazu ein amtliches Communiqué des DNB, in welchem wir lasen: „Zur Vermeidung unbegründeter Gerüchte bezüglich der Aufgaben der deutschen und sowjetrussischen Truppen, die in Polen tätig sind, erklären die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR, dass die Handlungen dieser Truppen keinerlei Ziele verfolgen, die den Interessen Deutschlands und der Sowjetunion zuwiderlaufen oder dem Geiste und dem Buchstaben des zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages widersprechen.“ Am 22. September aber wurde eine russisch-deutsche Demarkationslinie festgelegt, wobei das DNB hierzu ein viel-sagendes Communiqué veröffentlichte: „Wie von gut unterrich-

teter deutscher Seite bekannt wird, ist die heute veröffentlichte deutsch-sowjetrussische Demarkationslinie bereits vor Beginn der deutschen militärischen Gegenmassnahmen gegen Polen für den Fall, dass diese notwendig werden sollte, festgelegt gewesen".

Die weitere Entwicklung der russisch-deutschen Beziehungen nahm einen Charakter an, der alles andere als ermutigend auf die Gegenseite wirken konnte. Am 6. Oktober hielt Hitler im Reichstage eine Rede, mit welcher er eine Friedensoffensive einleitete. Die offiziellen Moskauer „Izwestija“ unterstützten diesen Friedensvorschlag und gingen mit Vorwürfen gegen Paris und London vor. Am 28. September unterzeichnete von Ribbentrop mit Molotow einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Er wurde von einer gemeinsamen Erklärung begleitet, in der es hiess, dass „es den wahren Interessen aller Nationen entsprechen würde, den zwischen Deutschland einerseits und England sowie Frankreich anderseits bestehenden Kriegszustand zu beendigen. Die beiden Regierungen werden deshalb gemeinsame Bemühungen unternehmen — gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten — um möglichst rasch zu diesem Ziel zu gelangen. Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind“. Die beiden Staaten bekundeten ebenfalls ihren Willen, wirtschaftlich eng zusammenzuarbeiten. In einem Schreiben an von Ribbentrop unterstrich Molotow die Entschlossenheit seiner Regierung, „mit allen Mitteln die Wirtschaftsbeziehungen und den Warenumsatz zwischen Deutschland und der UdSSR zu entwickeln“. Am 31. Oktober gab Molotow vor dem Obersten Sowjet einen Rechenschaftsbericht ab, in dem es u. a. hiess: „Wir haben immer die Auffassung vertreten, dass ein starkes Deutschland eine notwendige Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden in Europa ist... Heute beruhen unsere Beziehungen zum deutschen Staat auf der zwischen uns bestehenden Freundschaft und auf unserem Willen, die deutschen Friedensbestrebungen zu unterstützen und gleichzeitig auch auf unserem Wunsch, mit allen Mitteln an der Förderung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Wohl der beiden Länder beizutragen“.

Es ist offensichtlich, dass diese Worte Molotows keineswegs die innigsten Ziele der Sowjetpolitik zum Ausdruck brachten. Die Führung im Kreml war selbstverständlich nicht so naiv, dass sie aufrichtig an den Erfolg der „Friedensbestrebungen“ geglaubt hätte. Wie ist eine solche Einstellung der Sowjetregierung dennoch zu erklären? Am besten wird wohl die Parallele mit der Zeit von Brest-Litowsk die Lage erklären. Wie



damals, trug man auch jetzt Friedenswillen zur Schau, obwohl man ganz genau wusste, dass weder England noch Frankreich auf die Friedensangebote eingehen konnten. Man wollte die Völker Englands und Frankreichs von ihrer Regierung entfremden, nachdem nun ein „mourir pour Dantzig“ sinnlos geworden schien und der Krieg zu einem „imperialistischen Raubzug“ geworden war.

Man erinnert sich, dass die Komintern vorgab, gegen die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Deutschland Stellung zu nehmen. Die französischen Kommunisten sabotierten offen die Kriegsanstrengungen des Staates. Die französische kommunistische Partei wurde daraufhin aufgelöst, die kommunistischen Abgeordneten aus der Volksvertretung ausgeschlossen, die Parteipresse unterdrückt. Sie alle wurden des Verrates beschuldigt. Das Organ der englischen Kommunisten, der „Daily Worker“, der immer einen „Kreuzzug gegen die Nazityrannie“ predigte, änderte über Nacht seine Meinung und schrieb auf einmal, dies sei „kein gerechter Verteidigungskrieg, sondern ein ungerechter imperialistischer Krieg, in dem Grossbritannien und Deutschland um imperialistische Ziele, Kolonien und Weltbeherrschung ringen“. Der „Daily Worker“ und die übrige kommunistische Presse in England wurde deswegen verboten. Vor dem Weissen Hause in Washington stellte man „Pickets“, Streikposten, auf, die gegen die Parole des „Arsenals der Demokratie“ heftig protestierten. Dieses traurige Spiel dauerte genau bis zum 22. Juni 1941, d. h. bis zu dem Tage, an welchem die Aera der deutsch-sowjetischen Freundschaft ein Ende fand.

Es sei noch darauf hingewiesen, dass Molotow mehrmals Friedensangebote Hitlers unterstützte. Am 29. März, nach Abschluss des Krieges gegen Finnland, erklärte der Chef der sowjetischen Regierung: „Deutschland... ist offensichtlich zu einem gefährlichen Konkurrenten Englands und Frankreichs, der imperialistischen Hauptmächte Europas, geworden. Darum haben diese, unter dem Vorwand, ihre Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen, Deutschland den Krieg erklärt. Jetzt ist besonders klar erkennbar, wie weit die wirklichen Ziele der Regierungen dieser Mächte von den Interessen einer Verteidigung des zusammengebrochenen Polens oder der Tschechoslowakei entfernt sind. Das ist schon daraus ersichtlich, dass die Regierungen Englands und Frankreichs als ihre Ziele in diesem Krieg die Zertrümmerung und Zerstückelung Deutschlands verkündet haben, wenn auch diese Ziele vor den Volksmassen immer noch bemäntelt werden durch die Losungen einer Verteidigung der „demokratischen“ Länder und der „Rechte“ der kleinen Völker“.

Die Erfolge des deutschen „Blitzkrieges“ im Westen mach-

ten Moskau dennoch nervös. Die Maginot-Linie erfüllte ihre Rolle auch nach den Berechnungen des Kremls keineswegs. Im Grunde genommen war die sowjetisch-deutsche Freundschaft eine „Vernunfts-“, aber keine „Liebesehe“. Die „Ehe“ brachte der Sowjetunion zuerst den grössten Teil des polnischen Staates ein. Noch im ersten Kriegsmonat zwang die Sowjetunion Estland einen „gegenseitigen“ militärischen Beistandspakt auf. Es folgten ähnliche Diktate mit Lettland und Litauen. Zwischen Russland und Deutschland eingeklemmt, konnten die drei baltischen Staaten auf keine Hilfe von auswärts hoffen. Darum liessen sie die zahlenmässig begrenzten Garnisonen der Roten Armee ein. Es war klar, dass diese Garnisonen nur gegen Deutschland gerichtet sein konnten. Die drei kleinen Staaten waren vergewaltigt; es stellte sich heraus, dass ein kommunistischer Staat ebenso imperialistisch vorgehen konnte, wie ein „erzkapitalistischer“ Staat.

Als eine viel härtere Nuss erwies sich Finnland. Auch von diesem verlangte Sowjetrussland die Abtretung eines Teils seines Territoriums und Beherbergung roter Garnisonen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde es klar, dass die Moskauer Regierung vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken werde. Tatsächlich kündigte Molotow am 28. November 1939 einseitig den Nichtangriffspakt mit Finnland, brach am nächsten Tage die diplomatischen Beziehungen ab und begann am 30. November den Krieg gegen Finnland. Den Fall Finnlands hat Chamberlain im Unterhaus am 14. Dezember folgendermassen gekennzeichnet: „Der Angriff der Sowjetregierung auf Finnland hat das Weltgewissen empört“. Kein geringerer als Winston Churchill äusserte sich zu jener Zeit, dass „nur Finnland, herrlich, ja erhaben, inmitten tödlicher Gefahren zeigt, was freie Männer zu tun vermögen. Finnland leistet der Menschheit einen grossartigen Dienst“, da man sonst „zu einer Sklaverei verdammt würde, die schlimmer ist als der Tod“. Finnland wandte sich an den Völkerbund. Der Rechtsbruch war so eindeutig, dass der Völkerbundsrat am 14. Dezember feststellte, dass „sich die U. S. S. R. durch ihre Handlungsweise aus dem Völkerbund ausgeschlossen hat. Hieraus folgt, dass sie nicht mehr Mitglied des Bundes ist“. Die Sowjetregierung reagierte auf den Ausschluss aus dem Völkerbund mit einer bisigen Bemerkung, die am 16. Dezember durch die Tass-Agentur verbreitet wurde. Darin heisst es vom Völkerbund, „statt dazu beizutragen, den Krieg zwischen Deutschland und dem englisch-französischen Block zu Ende zu bringen, wie es die Aufgabe des Völkerbundes wäre, proklamieren die gegenwärtigen Mitglieder des Völkerbundsrates die Unterstützung der Provokateure der Mannerheim- und Tanner-Clique und hetzen zum Krieg auch in Nordosteuropa“.



Es sei noch bemerkt, dass an diesem traurigen Geschehen die Komintern ihren Anteil hatte. Moskau hat sich nämlich eines prominenten Mitgliedes der Komintern namens Kuusinen bedient, um im ersten eroberten finnischen Dorfe eine „demokratische“ Regierung zu bilden. Damit wurde die legale finnische Regierung nicht mehr anerkannt.

Der heroische Widerstand des kleinen Finnland dauerte 100 Tage. Letzten Endes musste Finnland nachgeben und am 12. März 1940 einen Friedensvertrag abschliessen. Sowjetrussland bekam nebst anderem das Territorium rund um Viipuri-Wiborg und das Recht, eine Garnison auf der Halbinsel Hangö zu installieren.

Zum nächsten Schlag holte die Moskauer Regierung aus, als die grosse Offensive Deutschlands im Westen eingeleitet wurde. Ungeachtet der vertraglichen Verpflichtungen besetzte Sowjetrussland im Juni 1940 Litauen, Lettland und Estland, nach einer Woche auch Bessarabien und die Nordbukowina. Dies waren die Früchte, die am Baume der Freundschaft mit Deutschland gereift waren.

Das Fazit der sowjetischen Aussenpolitik ist bekannt. Der Moskauer Regierung war nicht für lange Zeit vergönnt, die Rolle des „tertius gaudens“ zu spielen. Auch der Sowjetstaat wurde in den Kriegsstrudel hineingerissen, als am 22. Juni 1941 Hitler seinen Armeen den Befehl gab, über die neue Grenze zu marschieren.

### **Möglichkeiten einer Verständigung?**

Durch den deutschen Angriff wurde Sowjetrussland gezwungen, in den Krieg einzutreten. Auf den Verlauf der militärischen Operationen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Wir werden uns damit begnügen, die rein politischen Auswirkungen des Kriegseintritts der Sowjetunion zu überblicken.

Es sei erwähnt, dass zwischen den Engländern einerseits, die bis dahin die Hauptlast des Krieges zu tragen hatten, und den Sowjets anderseits zu jener Zeit keine direkte Fühlungnahme in bezug auf die Kriegspolitik bestand. Im Gegenteil unterstützte die Sowjetregierung Deutschland nicht nur diplomatisch, sondern — was noch wichtiger war — auch wirtschaftlich. Der englische Premierminister Churchill wies allerdings mehrmals auf die deutschen Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrussland hin. Auch aus den amerikanischen Enthüllungen in „Frieden und Krieg“ geht hervor, dass der Unterstaatssekretär Welles bereits Anfang 1941 (und auch später) dem Sowjetbotschafter Informationen über die deutschen Angriffspläne übermittelt hat. Der Sowjetregierung bemächtigte

sich eine gewisse Unruhe, da die Grundlage ihrer Politik im Dahinschwinden begriffen war.

Es ist nicht mit Sicherheit zu ermitteln, wann die deutsche Führung den endgültigen Beschluss gefasst hat, die Wehrmacht gegen Sowjetrußland marschieren zu lassen. Der Führer behauptete in seiner Proklamation am 22. Juni 1941, dass er die sowjetischen Pläne während des Besuches Molotows in Berlin (November 1940) durchschaut habe. Molotow habe nämlich freie Hände in bezug auf Finnland, Rumänien, Bulgarien und die Dardanellen gefordert. *Se non è vero, è ben trovato*. Die Moskauer „Prawda“ schrieb im April 1940, dass Molotow aufgefordert worden sei, dem Dreimächtepakt beizutreten; Sowjetrußland wolle aber in seiner Aussenpolitik „völlige Unabhängigkeit“ bewahren.

Die Sowjetregierung verstand es jedenfalls, ihre abwartende Politik hinsichtlich Japans zu festigen. Der Vertrag, unterzeichnet in Moskau am 13. April 1941, ist denn auch bis zum heutigen Tag in Kraft geblieben. Was dagegen die erwähnten Behauptungen Hitlers über die Forderungen Molotows betrifft, so ist das Interesse Russlands für den Balkan nicht jungen Datums. Noch im Frühling 1941 wahrte die Moskauer Politik ihre traditionelle Linie, indem Anfang März der bulgarische Entscheid, deutsche Truppen hereinzulassen, mit offen ausgesprochener Missbilligung beantwortet wurde. In ein ziemlich riskantes Spiel liess sich die Moskauer Regierung ein, als sie Anfang April einen Nichtangriffspakt mit der jugoslawischen Regierung Simowitschs abschloss, der für den Fall eines Angriffs die Einhaltung einer „Freundschaftspolitik“ vorsah.

Nach dem Abschluss des Balkan-Feldzuges versuchte die Sowjetregierung, sich die deutsche Führung durch einige Liebesdienste geneigter zu machen. Anfang Mai wurde dem jugoslawischen Gesandten in Moskau erklärt, die Sowjetregierung anerkenne seine Vollmacht nicht mehr. Es folgte eine ähnliche Erklärung den Gesandten Norwegens und Belgiens gegenüber, weil diese Staaten ihre Souveränität „verloren“ hätten. Auch Griechenland habe seine Souveränität „eingebüsst“; sein Gesandter musste kurz vor dem Beginn des Krieges Moskau verlassen. Dagegen sind diplomatische Beziehungen mit Thailand aufgenommen worden, das sich in den Geltungsbereich „Grossasiens“ eingeordnet hatte. Desgleichen sprach Sowjetrußland Mitte Mai die Anerkennung der aufständischen irakischen Regierung aus, die die Feindseligkeiten gegen England eröffnete. Am verblüffendsten wirkte ein am Vortage des Kriegausbruch ausgegebenes amtliches Communiqué, in welchem die Moskauer Regierung alle Gerüchte über den bevorstehenden Krieg mit Deutschland als „erfunden und provoka-

torisch" bezeichnete. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass man zu jener Zeit in Moskau nichts von den Kriegsvorbereitungen Deutschlands wusste. Wie ernst die Lage in Sowjetrussland beurteilt wurde, ging unter anderem daraus hervor, dass Stalin bereits am 7. Mai aus dem Hintergrund hervortrat, indem er sich zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare (d. h. zum Ministerpräsidenten) ernennen liess.

In den Krieg verwickelt, wurde die Sowjetregierung naturgemäss zu einem willkommenen Kampfgefährten Englands. Winston Churchill bewies seine Weitsicht bereits im Oktober 1939, als er als Erster Lord der Admiralität das Wort ergriff, um den sowjetischen Ueberfall auf Polen zu brandmarken („Russland bewies seine Macht dadurch, dass es kaltblütig eine streng egoistische Politik betrieb"), daneben aber auch erklärte: „Im Nebel der allgemeinen Verwirrung ist die Gemeinsamkeit der Interessen Englands, Frankreichs und Russlands deutlich erkennbar...". Jetzt, nach dem Kriegseintritt Sowjetrusslands gegen das nationalsozialistische Deutschland, beeilte sich der englische Premier zu verkünden, dass England alles unternehmen werde, um Russland im Kampfe gegen Deutschland zu unterstützen. Bereits am 12. Juli wurde ein Militärbündnis zwischen England und der Sowjetunion unterzeichnet. Damit wurden die Fundamente für eine gemeinsame Kriegführung gelegt.

Die Offensiven der deutschen Armeen im Sommer und Herbst 1941 trugen den Krieg bis vor die Tore der alten und der neuen Hauptstadt Russlands. Es erwies sich in diesem Augenblick, wie nachteilig sich die Annexionen der Sowjetunion im Osten Europas ausgewirkt hatten. Die widerrechtlich angeeigneten und zwangsweise „bolschewisierten" baltischen Völker erhoben sich spontan in allgemeinem Aufstand gegen die Sowjetherrschaft. Die Führung in Moskau wiegte sich in der Hoffnung, im Baltikum militärische Stützpunkte erworben zu haben. Sie hatte sich aber nur Feinde erworben. Auch der Ueberfall auf Finnland rächte sich. Ein friedliebendes Volk, das zweifelsohne neutral geblieben wäre, stand jetzt gegen Sowjetrussland im Kampf.

Andererseits ist aber zu betonen, dass sich die deutsche Führung auch im Osten Europas als unfähig erwies, die Sympathien der Bevölkerung in den besetzten Ländern zu erwerben. Zum Glück für die Sowjets blieb die Parole vom „Kreuzzug gegen den Bolschewismus" ein leeres Wort. Die Reden Stalins vom 3. Juli und vom 6. November 1941 zeugten von seiner bemerkenswert geschickten Ausnützung der Fehler der nationalsozialistischen Politik. In diesen Reden nahm die Würdigung der deutschen Politik gegenüber anderen Nationen verhältnismässig grossen Raum ein. „Germanisierung und Ver-

sklavung der freien Völker der Sowjetunion" bildete ihren Hauptgegenstand. „Es handelt sich also um Leben oder Tod der Sowjetstaaten, um Leben oder Tod der Völker der Sowjetunion", — sagt Stalin. Nicht nur für die Russen, sondern auch für die anderen Völker der Sowjetunion gelte die Parole des „vaterländischen Volkskrieges", da „die deutschen Eindringlinge zahlreiche Völker versklavt haben". Als geschulter Propagandist erklärte Stalin: „Unser Kampf vereinigt sich mit den Völkern Europas und Amerikas, die für ihre Unabhängigkeit und zum Schutz der demokratischen Freiheit kämpfen".

Man muss anerkennen, dass Stalin mit derartigen Parolen einen weiten Widerhall gefunden hat. Der Krieg wurde für die Völker der Sowjetunion zu einem wahrhaftigen vaterländischen Volkskrieg. Diesen Umstand darf man bei den späteren militärischen Erfolgen der Roten Armee kaum unterschätzen. Der Sowjetstaat ging nicht in die Brüche, sondern schöpfte bei seinen zahlreichen Völkern eine ungeheure Kraft. Die Geringschätzung, die die deutsche Führung den „Ostvölkern" und den „Untermenschen" entgegenbrachte, rächte sich bitter. Die Methode des Ostministeriums in Berlin erwies sich als eine der besten Verbündeten der sowjetischen Führung. Es sei in diesem Zusammenhange noch auf eine Tatsache hingewiesen, die zeigt, welche Gewandtheit die Sowjetregierung in der Handhabung „nationaler" Begriffskomplexe an den Tag legt. Die Sowjets bezeichnen die Deutschen niemals als „Nationalsozialisten", sondern als „Faschisten". In seiner Rede am 6. November 1941 stellte Stalin ausdrücklich in Abrede, dass die Deutschen „Nationalisten" seien. Solange man die deutschen Gebiete vereinigen wollte, „konnte man sie als Nationalisten betrachten". Später seien sie aber „Imperialisten und Unterdrücker" geworden.

Gestützt auf die militärischen Erfolge der Roten Armee, konnte nun die Sowjetregierung ihre Aussenpolitik in hohem Masse aktivieren. Wenn zwischen den Sowjets und den Angelsachsen eine weitgehende Zusammenarbeit namentlich in dem Sinne bestand, dass die Angelsachsen bedeutende materielle Hilfe leisteten, dagegen die Rote Armee die Hauptlast des Landkrieges zu tragen hatte, so ging die politische Zusammenarbeit nur sehr mühsam vonstatten. Es machte noch lange den Anschein, als ob die Sowjets und Angelsachsen zwei verschiedene Kriege führten (hinsichtlich Japans trifft dies tatsächlich zu). Im August 1941 schufen Roosevelt und Churchill die Atlantik-Charta. Sie brachten darin u. a. zum Ausdruck, dass sie keine territorialen Erwerbungen anstrebten. Am 1. Januar 1942 wurde eine gemeinsame Erklärung der „Vereinten Nationen" veröffentlicht, die sich auf die Grundsätze der Atlantik-Charta stützt. Diese wurde auch von der Sowjet-

union unterzeichnet. Im Mai 1942 kam in London ein sowjetisch-englischer Bündnisvertrag zustande, der eine enge Zusammenarbeit beider Staaten auf zwanzig Jahre nach Kriegsende hinaus vorsieht. Später reiste Molotow nach Washington, doch blieb ein ähnlicher Vertrag mit den Vereinigten Staaten aus.

Das gegenseitige Misstrauen blieb aber weiter bestehen. Periodisch tauchten die wildesten Gerüchte, die bald von einem bevorstehenden Separatfrieden zwischen Sowjetrussland und Deutschland, bald von einem solchen zwischen Angelsachsen und Deutschland wissen wollten. Der Diktator im Kreml ist wegen seiner Schweigsamkeit bekannt. Er wollte sich auf keine sogenannte Nachkriegsordnung festlegen. Für ihn blieb die Hauptsorge die Eröffnung der zweiten Front, wobei er als solche augenscheinlich nur eine umfangreiche Landung in Frankreich ansehen will. Alle Bemühungen der angelsächsischen Führer, mit Stalin zusammenzukommen, schlugen fehl. Er kam weder nach Casablanca noch nach Quebec. In Sowjetrussland bezichtigte man unterdessen die Angelsachsen mehr oder weniger unverhüllt, dass sie sich weigerten, Blutopfer auf sich zu nehmen, um damit die Rote Armee zu entlasten. Stalin hielt es für notwendig, noch im November 1942 zu erklären: „Es wäre lächerlich, das Bestehen von ideologischen Meinungsverschiedenheiten und Unterschieden der staatlichen Struktur der zur Koalition gehörenden Völker leugnen zu wollen“. Dies ist und bleibt unbestritten. Nicht in dieser Tatsache lag der Grund des gegenseitigen Misstrauens. Es hat immer eine Vielfalt von innerstaatlichen Einrichtungen und Regimes gegeben. Diese Tatsache hat aber die zwischenstaatliche Zusammenarbeit nicht gestört, wenn man über die Zielsetzung einig war. In diesem Falle fehlte aber gerade eine derartige Einigung. Man konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, dass man in Moskau (wie auch in gewissen Kreisen Washingtons, wohl weniger Londons) die Zusammenarbeit bloss als ein *malum necessarium* betrachtete.

Einen Stein des Anstosses bildete zunächst das Weiterbestehen der Kommunistischen Internationale. Es ist noch verfrüht, zu einem abschliessenden Urteil darüber zu gelangen, welche Bedeutung dem Beschluss vom Mai 1943 über die Auflösung der Komintern zukommt. Dieser Beschluss bewies jedenfalls, dass die Sowjetregierung einen massgebenden Einfluss auf diese Institution besass, weil sie deren Auflösung in dem Momente veranlassen konnte, welcher ihr als opportun erschien. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die angelsächsische Führung bei der Auflösung der Komintern auch einiges zu sagen hatte. Jedenfalls erwies sich auch in diesem Falle, wie geschmeidig Stalin in seiner Taktik sein kann. Ob die Tätig-



keit der einzelnen kommunistischen Parteien allein durch die Parole „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ oder auch durch andere Mittel aufeinander abgestimmt sein wird, bleibt dahingestellt. Sowjetrussland kann in den letzten Monaten einen so gewaltigen Prestigegewinn verbuchen, dass die Tätigkeit einer offiziellen Institution unter der Obhut der Regierung mit Sitz in Moskau tatsächlich als überflüssig empfunden werden konnte. Gleichzeitig wurde damit der Antikominternpakt formell gegenstandslos.

Die propagandistische Tätigkeit wurde dagegen auf andere Gebiete verlegt. Für die slawischen Völker soll ein slawisches Komitee in Moskau eine Anziehungskraft ausüben. Kurz nach Ausbruch des Krieges mit Deutschland legte Stalin in einer Rede den Nachdruck darauf, dass das Dritte Reich „die Ausrottung der slawischen Völker“ bezwecke. Die Idee des Panlawismus ist an und für sich nicht neu. Je nach Massgabe der politischen Erfordernisse bediente sich Russland dieser Idee. Obwohl selbst kein Russe und nicht einmal ein Slawe, stand Stalin bereits bei Lenin im Verdacht, die „panrussische“ Idee zu fördern. Es ist kaum zu verneinen, dass der Panlawismus, im Verein mit sozialen Gedanken des Kommunismus, unter den slawischen Völkern Anhänger findet.

Als ein Widersacher des Panlawismus tritt auch diesmal, wie bereits in der Vergangenheit, in erster Linie das polnische Volk auf. Die „polnische Frage“ hat über ein Jahrhundert lang die öffentliche Meinung Europas in Atem gehalten. Vor dem ersten Weltkriege beschäftigte das polnische Problem nicht nur Russland, sondern auch Deutschland und Oesterreich, die diese Karte bisweilen gegeneinander ausspielten. Es ist bekannt, dass der erste Marschall des auferstandenen Polen, Joseph Pilsudski, seine polnische Legion nicht in Russland, sondern an der Seite der Zentralmächte organisiert hat. Heute ist das polnische Volk durch die Nationalsozialisten völlig „degradiert“ worden. Polen wurde in den „Lebensraum“ Deutschlands einbezogen und zum „Generalgouvernement“ erklärt. Als Kuriosität sei bemerkt, dass auch Ostgalizien in dieses einbezogen ist.

Dagegen versteht man in Moskau, auch in dieser Beziehung ein feineres Spiel zu spielen. Stalin hat zu wiederholten Malen erklärt, er wünsche ein „starkes und grosses“ Polen. Was er darunter versteht, kann man nur vermuten. Mit der polnischen Exilregierung hat Moskau im vergangenen Frühjahr die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Als Vorwand diente der grauenhafte Leichenfund bei Katyn. Die Sowjetregierung beschuldigte die Polen in London, gemeinsame Sache mit der deutschen Regierung zu machen. Daraufhin wurde in Moskau ein polnisches Komitee gebildet, das als der „wahre“



Vertreter des polnischen Volkes gilt. Man hat also den Willen bekundet, über den Kopf der legalen Regierung hinweg sich „direkt“ mit dem polnischen Volk in Verbindung zu setzen. Soll das künftige „grosse“ Polen eine Sowjetrepublik werden?

Der tiefere Grund der Abneigung Moskaus gegen die polnische Regierung liegt zweifellos in den Meinungsverschiedenheiten über die Ostgrenze Polens. Nach dem Ausbruch des Krieges mit Deutschland erklärte die Sowjetregierung dem inzwischen verunglückten Ministerpräsidenten General Sikorski gegenüber, sie betrachte ihre Verträge mit Deutschland als null und nichtig. Die polnische Regierung zog daraus den Schluss, dass auch Sowjetrussland die Vorkriegsgrenzen Polens anerkenne, wie dies England und Amerika taten. Als aber die Siege der Roten Armee eine Wendung herbeiführten, brachte Moskau offen zum Ausdruck, dass es keineswegs gewillt sei, auf die Früchte der Freundschaft mit Deutschland zu verzichten. Gebiete etwa jenseits der sogenannten Curzon-Linie sollten der Sowjetunion verfallen.

Das Problem der polnischen Ostgrenzen ist in der Tat kompliziert. Die völkische Zusammensetzung der Ostprovinzen ist bunt. Abgesehen von den mehrheitlich weissruthenischen Gebieten bildet Ostgalizien die Hauptschwierigkeit. Es schien zuweilen, dass diese Provinz dazu berufen sei, ein Piemont des nationalgesinnten Ukrainertums zu werden. Dies gefiel bereits der zaristischen Regierung nicht. Es war gerade Lenin, der die Absicht der Zarenregierung, Galizien zu annektieren, geisselte. Jetzt erhebt die Sowjetregierung ihrerseits Ansprüche u. a. auch auf diese Provinz. So ergibt sich eine merkwürdige Lage: Polen wird nahegelegt, auf Gebiete zu verzichten, die mehrmals grösser sind als diejenigen, auf die seinerzeit Deutschland prätendierte und derentwegen der Krieg ausbrach.

Die Negation der polnischen Exilregierung durch Moskau wirft noch ein anderes Problem auf. Es ist dies die Stellungnahme der Sowjets zu den Exilregierungen im allgemeinen. In den Fällen, wo es ihr als nützlich erscheint, hat die Sowjetregierung nichts dagegen, dass eine Exilregierung das betreffende Volk vertritt. So wurde kürzlich mit Dr. Benesch ein Vertrag unterzeichnet, der das Land für volle 20 Jahre binden sollte. Eine andere Taktik schlug man ein in bezug auf Jugoslawien. In diesem Falle gibt man der Volksfront-Regierung Titos den Vorzug, d. h. man bekundet den Willen, sich „direkt“ mit dem Volke zu verständigen. Wieder anders verhält man sich gegenüber den baltischen Staaten und Finnland. Da eine „direkte“ Verständigung mit diesen Völkern im voraus aussichtslos erscheint, so werden im ersteren Falle die kommunistischen Regierungen als legal betrachtet, die man beim Rückzug nach Moskau mitnahm. Was dagegen Finnland be-

trifft, so erteilt der demokratischen finnischen Regierung ein Kuusinen Lektionen über Demokratie. Ueber die Tätigkeit des „deutschen Komitees“ in Moskau hört man in der letzten Zeit nicht viel.

Die letzte Phase der sowjetischen Aussenpolitik ist mit den Konferenzen in Moskau und Teheran verknüpft. Die Zunahme des Gewichtes der Sowjetunion auf internationalem Boden kam auch darin zum Ausdruck, dass die erste dieser Konferenzen nach ziemlich langem Hin und Her dennoch in Moskau und nicht — wie ursprünglich geplant — in London stattfand. Roosevelt und Churchill sind des ferneren bis an die Schwelle der Sowjetunion gereist.

Diese Konferenzen werden als Wendepunkt in den Beziehungen der angelsächsischen Mächte zum Sowjetstaat bezeichnet. Worin besteht denn diese Wendung? Sie ist zu suchen in dem Wunsche, das jahrzehntelang bestehende Misstrauen zu Grabe zu tragen und vertrauensvoll bei der Ordnung der Nachkriegswelt zusammenzuarbeiten. Der Plan besteht offenbar darin, eine Art Direktorium der Grossmächte zu errichten, das eine kollektive Verantwortung für die Nachkriegswelt zu tragen hätte. Welche Rolle hierbei den kleineren Staaten vorbehalten sein wird, steht noch nicht eindeutig fest. Vorläufig wurden zwei Räte gebildet: ein Mittelmeerrat und ein Europarat; diese sind aber bisher öffentlich nur wenig hervorgetreten.

Man kann dennoch nicht behaupten, dass zwischen Sowjetrussland und den Angelsachsen bereits Uebereinstimmung in allen Fragen herrsche. Der Spuk der Einflusszonen hat sich noch keineswegs verflüchtigt. Im Gegenteil. Die bekannte Rede des südafrikanischen Premiers Smuts ist schwerlich mit dem Geist der kollektiven Sicherheit zu vereinbaren. Man sieht jedenfalls, dass die Sowjetregierung das Argument der Sicherheit ihres eigenen Staates zur Rechtfertigung mancher beabsichtigter Territorialgewinne geltend zu machen sucht. Dass derartige Absichten allerdings den Grundsätzen der Atlantik-Charta in krasser Weise widersprechen, ist unbestreitbar. Die Sowjetregierung betrachtet indessen das Bestehen freier Staaten an den Westgrenzen Russlands als „cordon sanitaire“. Dieser „Cordon“ soll gesprengt und die baltischen Staaten in die Sowjetunion einverleibt werden — ebenso wie alle jene Gebiete, die Sowjetrussland besetzen konnte, als es noch nicht in der Front der „Vereinigten Nationen“ stand. Der Bündnisvertrag mit Dr. Benesch setzt gemeinsame Grenzen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei voraus, dies auf Kosten Polens und Rumäniens. Wird morgen die Regierung Titos ein weiteres Glied in der Kette derartiger Bündnisse bilden? Tritt durch ein derartiges System nicht an Stelle der kollektiven Sicherheit eine kollektive Unsicherheit? Es ist zu

befürchten, dass sich zumindest in weiten Teilen Europas die ironische Bemerkung Voltaires bewahrheitet: „Cependant, à force de médecines et de saignées, la maladie de Candide devint sérieuse“... Denn, wenn — nach Wendell Willkie — die Welt unteilbar ist, so ist es Europa umsomehr.

Unser Kontinent muss die Heimat der Freiheitsidee bleiben. Die Freiheit aber ist ohne ein allgemeingültiges Rechtssystem nicht denkbar. Eine andere Lösung der europäischen Probleme kann lediglich auf Gewalt beruhen. Der russische Staatsmann S. J. Witte bemerkt in seinen „Wospominanija“ (Erinnerungen): „Das russische (Zaren-)Reich war im Grunde genommen ein Militärstaat... Man räumte ihm grossen Platz und Ehren für nichts anderes ein, als für die Macht, die es besass“. Soll diese Feststellung als Grundlage der Nachkriegswelt dienen? Doch ein Missbrauch von Macht, von welcher Seite er auch ausgehen mag, wird nie einen dauerhaften Frieden bringen.